



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Kommunalwahl 2024 – Ein Aufruf zum Mitmachen!.....	3
Wahlkampf kostet Geld – Spendenaufruf!	3
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Auch Nobelpreisträger schließt sich an: Schon 1.600 Wissenschaftler stehen gegen Klimapanik auf.....	4
Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag	4
Pressemitteilungen Landtagsabgeordnete aus dem KV Bautzen.....	5
Kostenexplosion B 178 N: 15.000 Euro pro laufenden Meter Straßenbau!	5
Pressemitteilungen der AfD-Kreistagsfraktion	6
Landkreis droht Zwangsverwaltung ab 2025 mit massiven Einschnitten für SPORT, KULTUR, BILDUNG und sonstigen freiwilligen Leistungen!!!.....	6
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 8	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 13.8.2023	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.8.2023	10
Straßenausbaubeiträge komplett abschaffen!	10
Arbeiten bis 70? Deutschland muss aufhören, die Renten in Südeuropa mitzubezahlen	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.8.2023	11
Dramatischer Anstieg der Insolvenzen: Grüne Projekte zerstören unsere Wirtschaft!	11
Sächsische Polizei braucht keinen Gesinnungs-TÜV!	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.8.2023	12
Debatte um AfD-Verbot: Die wahren Demokratiefeinde sitzen in der Regierung!	12
Digitalisierung der Justiz: Regierung verkauft Rückschritt als Fortschritt!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2023	14



Allen steuergeldfinanzierten Bildungsangeboten müssen Gender-Schreibweisen untersagt werden!	14
Sächsische Regierung muss sogenannte „Wärmeplanung“ kategorisch verweigern!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2023	15
Vertrauensverlust in Demokratie? Volksentscheide statt Parteienklüngel!	15
Neues von der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	16
Kontrollverlust an deutschen Bahnhöfen beheben!.....	16
Der Skandal um gekaufte Journalisten geht in eine weitere Runde	17
Afghanen viermal häufiger kriminell: Faesers Ignoranz bringt uns in Gefahr!	18
Wir sind Volkspartei: AfD-Wählerpotenzial schon bei 33 Prozent!	18
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien	19
Kanzler Scholz verhöhnt die Ostdeutschen!	19
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	20
AfD-Landtagskandidat zusammengeschlagen.....	20
33 Prozent der Deutschen erwägen, AfD zu wählen.....	20
Burger ausverkauft: Kunde tickt bei McDonald's völlig aus und zieht Machete	20
Polizist erschießt bewaffneten Mann in Duisburg	20
Zehntausende Ukrainer sollen illegal geflohen sein, um Einberufung zu entkommen.....	20
MANN STÖSST 21-JÄHRIGEN AUF DIE GLEISE, DANN KOMMT DIE U-BAHN	20
Video-Empfehlungen	21
Informationskanäle der AfD.....	21
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	21
Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen	21
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	21
Kommunalmandate im KV Bautzen	23
PRESSE-ARCHIV.....	23
SPENDENKONTO.....	23
KONTAKT:.....	23



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Kommunalwahl 2024 – Ein Aufruf zum Mitmachen!

Liebe Bürger des Landkreises Bautzen,

mit der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 haben wir die Chance, neue politische Verhältnisse zu schaffen. Mit einem starken Ergebnis, Sonneberg und Raguhn-Jeßnitz haben es vorgemacht, können wir die Entwicklung und Zukunft unserer Heimat bestimmen und gestalten.

Den aktuellen Fehlentwicklungen, wie Windanlagenausbau, Genderisierung, absurde Asylpolitik, Vernachlässigung (Preisgabe) des ländlichen Raumes oder die finanzielle Ausblutung unserer Städte und Gemeinden, müssen wir Einhalt gebieten.

Liebe Bürger, Sie alle können dazu Ihren Beitrag leisten.

Wie? → Werden Sie ein AfD-Kandidat für den Kreistag, Ihren Stadt-, Gemeinde- oder Ortschaftsrat.

Die AfD steht für freiheitlich-konservative Werte. Werte die unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft prägen und weiter prägen werden.

Wir wollen gemeinsam an der Zukunft arbeiten und unseren Kindern und Enkelkindern eine Perspektive in unserer Heimat schaffen.

Werden Sie ein Mitmacher!

Info´s und Kontakt unter: www.kommunal.afd-bautzen.de

Gerne können Sie auch jederzeit telefonisch unsere Büros kontaktieren!

<https://afd-bautzen.de/buergerbueros/>

Ihr Frank Peschel

Vorsitzender AfD-Kreisverband Bautzen

Wahlkampf kostet Geld – Spendenaufruf!

Kein Vertrauen mehr in die Politik der Altparteien? Dann unterstützen Sie uns!
Werden sie Mitglied, Förderer, Spender oder Kandidat zur Kommunalwahl 2024!

Alternative für Deutschland

Kreisverband Bautzen

Karl-Marx-Str. 15

e-mail: [info @afdbautzen.de](mailto:info@afdbautzen.de)

Tel.: 03591 – 5328336

Spendenkonto:

Ostsächsische Sparkasse Dresden

AfD - Bautzen

IBAN: 16850503000225785552

BIC: OSDDDE81XXX

Wir danken schon jetzt für Ihre Spende!



Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Auch Nobelpreisträger schließt sich an: Schon 1.600 Wissenschaftler stehen gegen Klimapanik auf

Hier die Antwort auf all die, die immer wieder wahrheitswidrig behaupten, es gäbe einen 99-prozentigen Konsens zur Hypothese, dass die menschengemachten CO2-Emissionen das Klima maßgeblich beeinflussen. Die Hypothese ist falsch, weil noch nie ein wissenschaftlicher Beweis dafür erbracht wurde und die Behauptung vom Konsens ist ebenfalls eine dreiste Lüge!

Karsten Hilse, MdB

15. August 2023

<https://report24.news/auch-nobelpreistraeger-schliesst-sich-an-schon-1-600-wissenschaftler-stehen-gegen-klimapanik-auf/>

Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag



Wir haben noch Plätze für den 7./8.9.2023 frei!

Sprechen Sie uns an. Die Fahrten sind für die Teilnehmer kostenfrei!

Anmeldung per Mail an karsten.hilse.ma03@bundestag.de



Pressemitteilungen Landtagsabgeordnete aus dem KV Bautzen

Kostenexplosion B 178 N: 15.000 Euro pro laufenden Meter Straßenbau!

Im Januar 2018 teilte der Freistaat Sachsen per Pressemitteilung mit: „Der Freistaat Sachsen kann die Planung für den Neubau der Bundesstraße 178 zwischen Nostitz und der Autobahn 4 fortsetzen. Das Bundesverkehrsministerium hat in einem Schreiben an das sächsische Verkehrsministerium den geplanten Verlauf des sogenannten „Abschnitts 1.1“ bestätigt - eine erneute Linienführung ist demnach nicht erforderlich. Durch Beibehaltung der vorhandenen A4-Anschlussstelle Weißenberg komme es „lediglich zu einer geringfügigen Änderung des Streckenverlaufs, ohne dass dadurch die Grundzüge der Planung verlassen werden“.



Zum aktuellen Stand des Bauabschnitts fragte Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen, in einer Kleinen Anfrage (Drs 7/ 13708) nach.

Dazu erklärt er:

„Der Ausbau der B 178 N entwickelt sich immer mehr zum Trauerspiel. Seit über 20 Jahren betont die Politik die Notwendigkeit zum Ausbau. Geschehen ist im Bereich Weißenberg - Nostitz wenig, außer dass die Kosten explodieren. Der 5,8 Kilometer lange Abschnitt soll über 91 Millionen Euro kosten, Tendenz weiter steigend.

15.000 Euro für den laufenden Meter sind nicht erklärbar! Bei diesen Kosten werden wichtige Infrastrukturmaßnahmen in der Region kaum noch bezahlbar sein.

Hinzu kommt, dass ein Termin für die Verkehrsfreigabe nicht bekannt gegeben werden kann.

Das einzige, was derzeit sicher ist, dass für das Bauvorhaben ca. 88 ha landwirtschaftliche Nutzfläche verloren gehen. Davon werden ca. 29 ha für die Trasse, Nebenanlagen und Anbindungen an das nachgeordnete Netz und ca. 59 ha für naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen benötigt.“

Quellen:

https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=13708&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

<https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/215803>

Frank Peschel, MdL
14.8.2023



Pressemitteilungen der AfD-Kreistagsfraktion

Landkreis droht Zwangsverwaltung ab 2025 mit massiven Einschnitten für SPORT, KULTUR, BILDUNG und sonstigen freiwilligen Leistungen!!!

Dazu erklärt Kreisrat Steffen Lehmann:



Am 19.06.2023 wurde die Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2023/2024 mit Finanzplan 2025-2027 durch den Kreistag beschlossen. Die AfD-Kreistagsfraktion hat die vorgelegte Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2023/2024 mit Finanzplan 2025-2027 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Am 24.07.2023 hat die Landkreisverwaltung den Bescheid für die Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2023/2024 mit Finanzplan 2025-2027 mit erheblichen Auflagen durch die LANDESDIREKTION SACHSEN uns Kreisräten zur Verfügung gestellt.

Der vorgelegte Haushalt für 2023/2024 war in meinen Augen ohne den „Energiekrise-Erlass“ niemals genehmigungsfähig gewesen, was uns deutlich ab dem Jahr 2025 treffen wird.

Durch den „Energiekrise-Erlass“ wird das Haushaltsdefizit von 2023 – 13 Mio. Euro und 2024 von 19 Mio. Euro in das Haushaltsjahr 2025 und folgende verschoben.

Laut Bescheid muss der Landkreis Bautzen ab 2025 ein Haushaltsstrukturkonzept vorlegen. Bis dahin möchte die LANDESDIREKTION SACHSEN geeignete Konsolidierungsmaßnahmen sehen. Darüber hinaus muss der Landkreis vierteljährlich dem Kreistag und der LANDESDIREKTION berichten, über den Vollzug des Haushaltes 2023/2024. In den Berichten ist darzustellen, wie man ab 2025 die gesetzlichen Voraussetzungen für die Genehmigung des Finanzplanungszeitraums 2025-2027 schafft.

Was heißt das eigentlich jetzt genau für den Landkreis Bautzen: „Es müssen alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden!“, so Lehmann.

Was kann sich der Landkreis Bautzen ab 2025 an Zuschüssen für SPORT, KULTUR, BILDUNG und SONSTIGEN noch leisten? In diesen Bereichen wird es massive Einschnitte geben, davon ist Lehmann überzeugt.

Was sind aus meiner Sicht die erheblichen Gründe für die Schieflage des Landkreis Bautzen?

1. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat. Wir haben deutlich zu viel Personal in der Landkreisverwaltung angestellt, als der Schlüssel der „Sächsische Gemeindeordnung“ zulässt.
2. Insbesondere bei der Entwicklung der Aufwendungen im Jugend- und Sozialbereich stößt der Landkreis an seine finanzielle Leistungsfähigkeit! Hier muss dringend eine Nachbesserung der Kostenerstattungen durch Land und Bund erfolgen.



3. Ein weiterer großer Kostenblock für den Landkreis Bautzen ist auch das Bürgergeld (früher Hartz-IV Leistungen) für die Menschen aus der Ukraine (3.218 Personen zum 30.06.2023), mit Anspruch auf Bürgergeld, für Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Lebensmittel, Kleidung, Körperpflege sowie Zugang zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Hier muss es auch eine erhebliche finanzielle Unterstützung durch Land und Bund für unseren Landkreis geben, damit nicht alle freiwilligen Leistungen auf der Strecke bleiben.

Steffen Lehmann, Kreisrat

26. Juli 2023

<https://afd-bautzen.de/landkreis-droht-zwangsverwaltung-ab-2025-mit-massiven-einschnitten-fuer-sport-kultur-bildung-und-sonstigen-freiwilligen-leistungen/>

Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Mo	21.08.23	18.30 Uhr	Rodelbahn Bautzen Talstr. 26 02625 Bautzen	TAG DER OBERLAUSITZ Die Bautzener Liedertafel e.V. lädt zum Tag der Oberlausitz zum Mitsingen und Zuhören ein. "Unsere Oberlausitz - Heimatlieder und Geschichte(n)"
Do- Fr	07.09.- 08.09.23		Berlin	INFORMATIONSAHRT nach Berlin und den Deutschen Bundestag
Sa	09.09.23	10.00 Uhr Akk. 9.30 Uhr	An der Hohle 4 01896 Pulsnitz (altes DDR-Schulgebäude)	KREISPARTEITAG AfD-KREISVERBAND BAUTZEN zum Beschluß des Kommunalwahlprogramms 2024
Sa	09.09.23	14.00 Uhr	An der Hohle 4 01896 Pulsnitz (altes DDR-Schulgebäude)	SOMMERFEST DES AfD-KREISVERBAND BAUTZEN
Di	12.09.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	13.09.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	14.09.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Sa	16.09.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Do	21.09.23	18.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1B 02977 Hoyerswerda	DISKUSSIONS- UND GESPRÄCHSABEND von und mit Jürgen Elsässer

Alle Termine finden Sie unter: <https://afd-bautzen.de/veranstaltungskalender/>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 13.8.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

Norwegen, die Schweiz und Großbritannien gehören zu Europa und sind allesamt überdurchschnittlich wohlhabend. Sie haben sich aber gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union entschieden.

Das hat gute Gründe: Die Europäische Union hat sich zu einem bürokratischen Monster entwickelt. Abgehobene Pseudo-Eliten wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) machen in Brüssel Politik für die Interessen des amerikanischen Pharma-Riesen „Pfizer“.

Für die Bürger der einzelnen Nationen überwiegen indes die Nachteile. Der deutsche Bürger zahlt für griechische Renten, obwohl anfangs eine Transferunion ausgeschlossen wurde. Ebenso müssen wir italienische Schulden ausgleichen und eine unsinnige Verordnung nach der anderen ertragen.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass diese Europäische Union in eine Sackgasse geraten ist. Denn ein Grundprinzip guter Politik ist es, Macht so weit wie möglich nach unten zu verlagern.

In Bautzen sollen die Bautzener über Bautzen entscheiden. In Sachsen sollen die Sachsen über Sachsen entscheiden. Und in Berlin sollen bitteschön die wichtigsten nationalen Politikbereiche der Deutschen im Bundestag verhandelt werden. Dieses Prinzip heißt Föderalismus und muss wieder gestärkt werden.

Ich finde es deshalb gut und nachvollziehbar, dass sich die Norweger, die Schweizer und die Briten in Volksabstimmungen mustergültig gegen die Mitgliedschaft in der EU ausgesprochen haben.

Woran sich diese Staaten stoßen, zeigt sehr schön das Beispiel Norwegen. 1972 und 1994 haben die Norweger „Nein“ zur EU gesagt. Trotzdem beteiligt sich das Land am europäischen Freihandel und am Grenzschutz.





Die Norweger sind also keineswegs „anti-europäisch“. Sie wünschen sich einfach ein Europa, das sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und Sicherheit konzentriert. Alles andere wollen sie selbst bestimmen. Das wünsche ich mir auch für Deutschland.

Die große Frage ist nun, wie kommen wir zu einem solchen neuen Europa. Es wäre natürlich am einfachsten, wenn sich die Europäische Union von innen heraus reformieren ließe. Aber seien wir ehrlich: Das ist leider unrealistisch, weil die Brüsseler Bürokraten ihre Macht nicht freiwillig abgeben werden.

Was bleibt somit? Genauso wie der Brexit möglich war, ist es auch denkbar, dass der Deutsche Bundestag oder die deutschen Bürger in einem nationalen Volksentscheid einen „Dexit“ beschließen.

Bis es zu einem solchen Volksentscheid kommt, den ich begrüßen würde, müssen wir trotzdem im Europa-Parlament schlagkräftig vertreten sein, um weiteren Unsinn von Seiten der EU-Bürokratie zu verhindern. Die EU-skeptischen Briten um Nigel Farage haben das erfolgreich genauso gehandhabt.

Da in Deutschland und nicht in einem EU-Gremium der „Dexit“ zur Debatte zu stellen ist, wäre das Europa-Programm der AfD allerdings der falsche Ort für eine solch weitreichende Forderung.

Stellen wir uns nun einmal vor, es käme tatsächlich zu einer Volksabstimmung über den „Dexit“. Wie sollte es danach weitergehen?

Die Europäische Union ist bereits jetzt gescheitert. Sollten sich nach Großbritannien weitere Schwergewichte wie Deutschland oder Frankreich von ihr verabschieden, wäre das ihr sicheres Ende.

In einer solchen Situation sollten die europäischen Nationen nicht in die Falle der Selbst-Isolation laufen. Sie sollten vielmehr sofort anstelle der EU einen neuen „Bund europäischer Nationen“ gründen. Genau für diesen Weg spricht sich die AfD aus.

Dieser „Bund europäischer Nationen“ könnte am Ende sogar deutlich größer als die jetzige EU werden. Denn selbstverständlich sollten wir für diese Idee auch die Schweiz, Großbritannien und Norwegen begeistern, um nur drei prominente Kandidaten zu nennen.

Wir brauchen in Europa souveräne Nationalstaaten, die sich um ihre eigenen Angelegenheiten selbst kümmern dürfen, aber zum gegenseitigen Nutzen gern kooperieren und die dieses Europa wie eine Festung gegen äußere Gefahren verteidigen.

Deshalb: Nein zum Brüsseler Bevormundungsstaat! Aber klar und deutlich „Ja“ zu einem handlungsfähigen, sicheren, freiheitlichen und kulturell vielfältigen Europa!

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nein-zum-bruesseler-bevormundungsstaat-ja-zu-einem-freien-europa-der-nationen/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.8.2023

Straßenausbaubeiträge komplett abschaffen!

„Teurer Straßenausbau: Sachsen lässt seine Bürger weiter im Stich“, titelt heute die Sächsische [Zeitung](#). Denn Eigentümern droht in bestimmten sächsischen Kommunen die Zahlung von „Straßenausbaubeiträgen“ im fünfstelligen Bereich.



Steuer- und Abgabenlast endlich senken!



Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Tobias Keller](#):

„Die Steuer- und Abgabenlast für unsere Bürger ist sowieso schon viel zu hoch. Von daher sollte es bei richtiger Prioritätensetzung möglich sein, Straßen auch ohne Zusatzabgaben für Anwohner in Schuss zu halten und bei Bedarf auszubauen.“

Der Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und SPD ist in dieser Frage zudem eindeutig. Dort heißt es, die Regierung wolle ‚die faktische Erhebungspflicht im Falle von Haushaltsnotlagen abschaffen‘. Wir fordern die Regierung auf, dieses Versprechen endlich einzulösen. Weder für den Ausbau noch

für den Neubau von Straßen sollten Zusatzabgaben erhoben werden dürfen.“

Hintergrund: Außer Sachsen haben alle ostdeutschen Bundesländer die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Auch in Sachsen wurden schon in einzelnen Städten, z.B. in Leipzig, Straßenausbaubeitragsatzungen durch Stadträte abgeschafft.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/strassenausbaubeitraege-komplett-abschaffen/>

Arbeiten bis 70? Deutschland muss aufhören, die Renten in Südeuropa mitzubezahlen

Veronika Grimm, Sachverständige der Bundesregierung, fordert aktuell, dass die Deutschen später in Rente gehen sollten. Nach ihrer Berechnungsformel würde das Renteneintrittsalter automatisch auf 70 ansteigen, erklärt heute die „Morgenpost“.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Dass ausgerechnet von der arbeitenden Bevölkerung finanzierte Wissenschaftler wie Frau Grimm ein höheres Renteneintrittsalter fordern, halte ich für eine Unverschämtheit. Frau Grimm agiert jedoch nicht unabhängig. Vielmehr ist anzunehmen, dass sie lediglich das ausspricht, was die Regierung vermeiden will, selbst verkünden zu müssen.“

Statt eine Rente mit 70 vorzubereiten, sollte sich der Sachverständigenrat der Bundesregierung einmal mit der Harmonisierung des Renteneintrittsalters in Europa befassen.





Franzosen gehen im Durchschnitt mit 59 Jahren in Rente. Auch in Slowenien, Rumänien, Italien und Griechenland können die Bürger sehr früh in Rente gehen. Ermöglicht wird das ganz wesentlich über Transferzahlungen aus Deutschland.

Diesen Zustand durch längeres Arbeiten der Deutschen erhalten zu wollen, ist inakzeptabel. Vor diesem Hintergrund wäre es mutig gewesen, hätte Frau Grimm gefordert, dass die Südeuropäer genauso lang arbeiten müssen wie die Deutschen. Nur so können wir Rentengerechtigkeit erreichen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/arbeiten-bis-70-deutschland-muss-aufhoeren-die-renten-in-suedeuropa-mitzubezahlen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.8.2023

Dramatischer Anstieg der Insolvenzen: Grüne Projekte zerstören unsere Wirtschaft!

In Sachsen ist es laut Angaben des Statistischen Landesamtes zu einem dramatischen Anstieg der Insolvenzen gekommen. 377 Unternehmen mussten ihre Zahlungsunfähigkeit melden. Das bedeutet einen Anstieg um 32,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders betroffen ist die Baubranche.



Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Die immer strengeren Klimavorschriften machen das Bauen quasi unmöglich. Das Resultat sind fehlende Wohnungen, hohe Mieten und schlussendlich leider auch immer mehr Unternehmen, die in Schieflage geraten, weil die Kosten für Bauprojekte kaum noch kalkulierbar sind.

Sollte der Bundestag Anfang September das Gebäude-[Energie](#)-Gesetz beschließen, dürfte sich die Situation weiter verschärfen. Wir erwarten deshalb von der CDU-geführten Regierung, dass sie alle Hebel in Bewegung setzt, um das grüne Heizungsverbot und den EU-Sanierungszwang (Dämmvorschriften) auf der Zielgeraden zu stoppen. Auch

juristische Schritte müssen dazu von der Regierung endlich geprüft werden.

Die Baubranche und das Handwerk bilden das Rückgrat unserer [Wirtschaft](#). Solange die CDU in Sachsen aus Koalitionsgehorsam die grünen Transformationspläne duldet, nimmt sie in Kauf, dass dieses Rückgrat bricht. Für Sachsen wäre es somit am besten, wenn CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer die Zwangsehe mit den Grünen beendet.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/dramatischer-anstieg-der-insolvenzen-gruene-projekte-zerstoeren-unsere-wirtschaft/>

Sächsische Polizei braucht keinen Gesinnungs-TÜV!

Mehrere Medien berichten heute über „weitere Verdachtsfälle zu Rechtsextremismus bei der sächsischen Polizei“. Laut einer Kleinen Anfrage der Linken wurden im ersten Halbjahr 2023 acht neue Verdachtsfälle registriert. Zweimal kam es daraufhin zu einem Personalgespräch, dreimal zu



einem Entlassungsverfahren, einmal bestätigte sich der Verdacht nicht und zweimal war kein Vergehen nachweisbar.

Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Sebastian Wippel](#):

„Ich bin den Linken sehr dankbar dafür, dass sie herausgefunden haben, wie selten es zu rechtsextremen Vorfällen bei der sächsischen Polizei kommt. Fünf Fälle, es betrifft also weniger als 0,04 Prozent aller Polizisten. Das rechtfertigt weder einen Generalverdacht gegenüber allen Polizeibediensteten noch die Fortführung der 2020 eingerichteten ‚Koordinierungsstelle für interne Extremismusprävention‘.

Ebenso kann sich die Regierung ihr geplantes Verfassungstreue-Gesetz schenken, das auf einen Gesinnungs-TÜV hinausläuft.

Die sächsische Polizei braucht Rückhalt für ihre tägliche Arbeit. Denunziationen, Bespitzelungen und überstürzte Verdächtigungen vergiften hingegen das Arbeitsklima und schaden dem Ansehen der Polizei, die für unsere Sicherheit sorgt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/saechsische-polizei-braucht-keinen-gesinnungs-tuev/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.8.2023

Debatte um AfD-Verbot: Die wahren Demokratiefeinde sitzen in der Regierung!

Mehrere englische Medien verurteilen aktuell die Diskussion um ein AfD-Verbot als „brutalen Angriff auf die Demokratie“ (Spiked). Sie werten es als befremdlich, dass die Verbotsdiskussion selbst von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) und dem zur Neutralität verpflichteten Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang (CDU) befeuert werde, berichtet „Tichys Einblick“.



„Es ist erfreulich, dass ausländische Medien erkannt haben, wer die Demokratie in Deutschland wirklich bedroht“, sagt dazu der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#). „Behördenchefs und Regierungsmitglieder haben sich in ihrer amtlichen Funktion neutral zu verhalten. Das gilt in besonderem Maße für den Bundespräsidenten, der überparteilich agieren sollte.“

Auch die sächsische Regierung hält sich nicht an das Neutralitätsgebot. So beschimpfte CDU-Innenminister Armin Schuster unlängst die AfD pauschal als „Verbrecher“. Die AfD wehrt sich juristisch dagegen. Denn, so Urban: „Ein Minister, der den größten politischen Konkurrenten kriminalisiert, schreckt auch nicht davor zurück, die ihm unterstellten Behörden parteipolitisch zu



instrumentalisieren. So ist zum Beispiel längst offensichtlich, dass auch in Sachsen der Verfassungsschutz in Wahrheit zum Regierungsschutz umfunktioniert wurde.

Demokratie bedeutet jedoch, andere Meinungen auszuhalten und sich einen Wettstreit um die besten Argumente zu liefern. Viele Minister sind dazu leider nicht willens.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/debatte-um-afd-verbot-die-wahren-demokratiefeinde-sitzen-in-der-regierung/>

Digitalisierung der Justiz: Regierung verkauft Rückschritt als Fortschritt!

Der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. [Volker Dringenberg](#), hat sich mit einer Kleinen Anfrage ([Drs. 7/13831](#)) nach dem aktuellen Stand der Digitalisierung der sächsischen [Justiz](#) erkundigt.

2021 kündigte die Ampel-Koalition an, mit den Ländern einen „Digitalpakt“ schließen zu wollen. Seitdem fanden zahlreiche Digitalisierungsgipfel statt. Konkrete Ergebnisse gibt es bisher aber noch nicht.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage musste die grüne Justizministerin Katja Meier sogar Rückschritte bekanntgeben. Am 10. November 2022 – zu einem Zeitpunkt, als „trotz mehrerer Beschlüsse“ der Digitalpakt noch immer nicht auf den Weg gebracht wurde – war eine jährliche Förderung in Höhe von 350 Millionen Euro im Gespräch.

Auf dem Digitalgipfel vom 30. März 2023 wurden dann nur noch 200 Millionen Euro in den Jahren 2023 bis 2026 in Aussicht gestellt. Trotz eines weiteren Gipfels am 25. Mai 2023 konnte immer noch kein Vollzug gemeldet werden. Am 6. Juli teilte das Bundesjustizministerium mit, die Verhandlungen würden „nach der parlamentarischen Sommerpause fortgesetzt“.

Dazu erklärt Dr. Volker Dringenberg:

„Justizministerin Katja Meier kümmert sich um alles, nur nicht die [Justiz](#). Dabei zählt die Digitalisierung der Verwaltung und der [Justiz](#) zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben in Sachsen. Wir brauchen schlanke, effiziente Strukturen, damit der Staat als zügig arbeitender Dienstleister für die Bürger auftreten kann.

Vor diesem Hintergrund bin ich entsetzt über das Schneckentempo bei der Digitalisierung. Außer ein paar teuren Gipfeltreffen haben die Justizminister bisher nichts erreicht. Das ist peinlich und zeigt: Die Minister verwalten den Stillstand und kümmern sich lieber um Scheinprobleme wie gendergerechte Sprache.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/digitalisierung-der-justiz-regierung-verkauft-rueckschritt-als-fortschritt/>





PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2023

Allen steuergeldfinanzierten Bildungsangeboten müssen Gender-Schreibweisen untersagt werden!

Der bildungspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Dr. [Rolf Weigand](#), erkundigte sich mit einer Kleinen Anfrage ([Drs. 7/13979](#)) bei CDU-Kultusminister Christian Piwarz, warum die sächsischen Volkshochschulen trotz eines angeblichen „Gender-Verbots“ in Sachsen weiter Gender-Schreibweisen verwenden.



Gender-Sprache führt zur Verdummung!



Die Volkshochschulen werden vom sächsischen Steuerzahler mitfinanziert. Auf ihrer Website heißt es an einer Stelle, das Lesen und Schreiben sei für „jede*n achte*n Erwachsene*n“ (sic!) schwierig.

Dazu erklärt Dr. Rolf Weigand:

„Wenn in einem Satz drei Gender-Sternchen für Chaos im Lesefluß sorgen, muss auch ich ganz ehrlich gestehen, dass ich Probleme mit dem Lesen habe. Ich kann daher dem ehemaligen Präsidenten des Lehrerverbandes, Josef Kraus, nur beipflichten: **Gendern verdummt unsere Kinder**. Es verzögert die Sprachentwicklung und macht die Integration zu einer Herkulesaufgabe.

Aus diesem Grund muss aus dem butterweichen Alibi-Gender-Verbot in Sachsen eine unumstößliche Richtlinie werden. Bildungsangebote, für die Steuergelder eingesetzt werden, müssen sich an die Regeln der Rechtschreibung halten. Sie dürfen keine ideologische Grammatik verwenden.

Das muss für alle Ministerien gelten, für alle Universitäten und Hochschulen, für alle Schulen und auch für alle staatlich mitfinanzierten Vereine aus dem Bildungsbereich.

Herr Piwarz hat daher noch sehr viel zu tun und wird sich vermutlich an den mitregierenden Grünen die Zähne ausbeißen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/allen-steuergeldfinanzierten-bildungsangeboten-muessen-gender-schreibweisen-untersagt-werden/>

Sächsische Regierung muss sogenannte „Wärmeplanung“ kategorisch verweigern!

Das Bundeskabinett hat soeben die Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung beschlossen. Das Gesetz fordert von den Bundesländern, in allen Kommunen bis 2026 bzw. 2028 alle relevanten Heizungsdaten zu erheben, um das umstrittene Gebäude-[Energie](#)-Gesetz (GEG) umsetzen zu können.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):





„Die sächsische Regierung muss die Umsetzung der Wärmeplanung kategorisch verweigern. Es handelt sich dabei um die Einführung eines Heiz-Überwachungsstaates. Als Vorstufe der geplanten, späteren Zwangssanierungen will der Staat in einem ersten Schritt herausfinden, wie jeder einzelne Bürger heizt.

Das geht die Regierung aber überhaupt nichts an. Eine Heiz-Polizei in den Kellern der Häuser herumschnüffeln zu lassen, ist ein skandalöses Vorhaben.

Wir bleiben dabei: Keine Heizung ist illegal! Jeder Bürger muss die freie Heizungswahl haben. Die Regierung hat diese individuellen Entscheidungen zu respektieren. Deshalb darf sie auch nicht in eine blinde Datensammelwut verfallen.

Bei der sogenannten Wärmeplanung werden darüber hinaus erneut Unmengen an Steuergeld verbrannt. **Heizungs-Polizisten** verlangen Tagessätze von rund 1.000 Euro. Dieses Geld brauchen wir an anderer Stelle.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/saechsische-regierung-muss-sogenannte-waermeplanung-kategorisch-verweigern/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2023

Vertrauensverlust in Demokratie? Volksentscheide statt Parteienklüngel!

Laut einer Umfrage der Körber-Stiftung haben 54 Prozent der Deutschen das Vertrauen in die Demokratie verloren. Besonders gelitten hat das Ansehen der Parteien. Nur noch neun Prozent vertrauen ihnen. 2020 waren es noch 29 Prozent.



Zugleich fordern 86 Prozent der Deutschen mehr Mitspracherechte. 93 Prozent wünschen sich das auf kommunaler Ebene, 91 Prozent auf Landesebene und 85 Prozent sprechen sich für bundesweite Volksentscheide aus.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Das Signal der Befragung ist eindeutig. Die Deutschen sind gerade nicht demokratiemüde. Sie wollen endlich regelmäßig mitbestimmen.

Weil sie diese Wünsche kennen, haben CDU, Grüne und SPD in ihrem Koalitionsvertrag für Sachsen aus dem Jahr 2019 versprochen, die direkte Demokratie zu stärken. Es ist leider schon heute klar, dass es dazu bis zum Ende der Legislaturperiode nicht kommen wird.

Dieser Wortbruch wiegt besonders schwer, weil die regierungstragenden Fraktionen unserem Gesetzentwurf zur Absenkung der Hürden für die Durchführung von Volksentscheiden einfach nur hätten zustimmen müssen. Wir haben der Regierung bei diesem zentralen Thema die Arbeit sogar abgenommen.

Offensichtlich haben die Altparteien jedoch Angst vor einer Mitbestimmung des Volkes.“



Hintergrund: AfD-Gesetzentwurf zur Erweiterung der sachunmittelbaren Demokratie im Freistaat Sachsen ([Drs. 7/7095](#)).

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vertrauensverlust-in-demokratie-volksentscheide-statt-parteienkluegel/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Kontrollverlust an deutschen Bahnhöfen beheben!

Die BILD-Zeitung berichtet über das Dokument "Gewaltdelikte auf Bahnanlagen im Jahr 2022". Die Bundespolizei verzeichnet darin einen massiven Anstieg von Körperverletzungen,



Vergewaltigungen und Diebstählen an deutschen Bahnhöfen.

Die Zahlen der Bundespolizei belegen, dass sich Reisende im Bahnverkehr nicht mehr sicher fühlen können. Zwischen 2019 und 2022 gab es eine alarmierende Zunahme der Kriminalität an deutschen Bahnhöfen. Die Gewalttaten stiegen um rund 28 Prozent. Dabei kamen Messer knapp 45 Prozent und gefährliche Werkzeuge etwa 80 Prozent häufiger zum Einsatz. Sexualdelikte stiegen um 43 Prozent und Bedrohungen gegen Reisende sogar um 120 Prozent.

Im Bereich der Körperverletzungen hatte knapp die Hälfte der Tatverdächtigen keine deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil mit Migrationshintergrund wurde nicht genannt. Dass auch Diebstähle zugenommen haben, vermag angesichts der bereits beschriebenen Verhältnisse nicht zu überraschen, aber der folgende Tatbestand macht fassungslos: Allein im Jahr 2022 gab es 78 Fälle, bei denen Reisende absichtlich ins Gleis gestoßen wurden.

Solche Zustände darf unser Rechtsstaat nicht länger zulassen. Wir unterstützen die Forderung der



Deutschen Bundespolizei-Gewerkschaft, 3500 zusätzliche Beamte zur Absicherung der Bahnhöfe einzusetzen. Letztlich ist aber auch das nur eine Symptombehandlung, während das eigentliche Problem bestehen bleibt. Dieser erschreckende negative Trend wird sich nur umkehren lassen, wenn wir endlich anfangen, unsere Außengrenzen zu schützen und Straftäter ohne deutsche Staatsangehörigkeit sofort abzuschieben!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=837506074409575&set=a.806241754202674>

Der Skandal um gekaufte Journalisten geht in eine weitere Runde

Bei der Antwort auf die AfD-Anfrage wurden einige Identitäten verschleiert. Was hat die Regierung zu verbergen?

Den jungen Journalisten von Apollo-News gelang es, in diesem Zusammenhang die Heute-Journal-Moderatorin Dunja Hayali zu identifizieren (

<https://tinyurl.com/47huds4a>). Allerdings unterliegen die Beträge, die mitten in der sogenannten »Flüchtlingskrise« von der damaligen Merkel-Regierung an Hayali flossen, strengster Geheimhaltung.

Dunja Hayali gehört sicherlich zu den Spitzenverdienern des öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber wie die meisten Journalisten ist sie als freie Mitarbeiterin beim ZDF angestellt. Es gibt zwar keine öffentlichen Zahlen darüber, was ein freier Mitarbeiter beim ZDF verdient, doch Prominente wie Dunja Hayali sind meist Miteigentümer ihrer eigenen Talksendungen, die sie mitproduzieren und anschließend an die Sender verkaufen. Auftraggeber, wie beispielsweise die Automatenindustrie, buchen solche bekannten Gesichter, um ihrer Veranstaltung sowie dem eigenen Unternehmen eine gewisse Seriosität zu verleihen. Bereits früher geriet sie wegen ihrer Nebeneinkünfte in Kritik [1].



Aber was macht nun die Höhe des Gehalts zu einem Staatsgeheimnis?

Für mich stellt sich vor allem die Frage, warum die Bundesregierung überhaupt Journalisten bezahlen darf. Und wenn das geschieht, ist bei der Vergabe von öffentlichen Geldern eine besondere Transparenzpflicht geboten. Wie kann sich ein Journalist seine Unabhängigkeit bewahren, wenn er von der Regierung bezahlt wird?

Wie bedenklich diese Vergabep Praxis ist, hat die NZZ sehr schön am Beispiel von Kulturstaatsministerin Claudia Roth herausgearbeitet [2]: Mit der Vorgabe, den Journalismus »strukturell« zu »stärken«, fördert die Ministerin zehn Projekte mit rund 2,3 Millionen Euro Steuergeldern. Auffällig ist dabei: Keines dieser Medien ist bisher durch eine kritische Distanz zu ihrer Partei aufgefallen ...

[1] <https://tinyurl.com/4v6uar52>

[2] <https://tinyurl.com/5c4yv8my>

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1012303423526640&set=a.599798814777105>



Afghanen viermal häufiger kriminell: Faesers Ignoranz bringt uns in Gefahr!

Diese Zahlen zeigen die schlimmen Folgen der Massenmigration: Während im Jahr 2020 von rund 72 Millionen deutschen Staatsbürgern rund 1,8 Prozent als Tatverdächtige ermittelt wurden, waren es bei den damals etwa 280.000 Afghanen rund 7,8 Prozent.



Die Kriminalitätsrate ist also mehr als viermal so hoch. Dennoch stellt Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sich stur. Noch immer hat sie den unsäglichen Abschiebestopp von Kriminellen und Gefährdern nach Afghanistan nicht aufgehoben – ihre Ignoranz bringt uns in Gefahr!

Dabei zeigte eine Vielzahl von besonders schlimmen Kriminalitätsfällen, dass unverzügliches Handeln geboten ist. Im schwäbischen Illerkirchberg wurde eine 14-Jährige von vier Afghanen in ein Asylbewerberheim gelockt und dort von den Tätern vergewaltigt. Als das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg vor diesem Hintergrund forderte,

Abschiebungen nach Afghanistan zu ermöglichen, stellte Faeser sich gegen diesen Vorstoß. Umso unglaublicher ist es, wenn sie im Zuge ihres hessischen Landtagswahlkampfes plötzlich davon spricht, härter gegen Clan-Kriminelle vorgehen zu wollen – sie hätte längst handeln können, wenn das ernst gemeint wäre!

Laut Ausländerzentralregister ist die Zahl der Afghanen in Deutschland zum Ende des Monats Juni 2023 bereits auf fast 400.000 angestiegen. Im Vormonat bezogen 47,6 Prozent der Afghanen das sogenannte Bürgergeld. Eine afghanische Großstadt mit sechsstelliger Einwohnerzahl wird also von den deutschen Steuerzahlern durchgefüttert – von den anderen Herkunftsländern ist dabei noch nicht gesprochen. Auch deshalb müssen wir derartigen ignoranten Massenmigrations-Politikern wie Frau Faeser die rote Karte zeigen und mit einer Stimme für die AfD dafür sorgen, dass kriminelle und illegal eingereiste Ausländer konsequent abgeschoben werden. Nur die AfD gewährleistet, dass aus Kassel nicht Kabul wird!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=829453325216984&set=a.797289411766709>

Wir sind Volkspartei: AfD-Wählerpotenzial schon bei 33 Prozent!

Dieses Umfrage-Beben lässt die Ampel-Parteien zittern: Laut einer Erhebung des INSA-Instituts haben 33 Prozent der Deutschen bereits darüber nachgedacht, die AfD zu wählen! Auch beim aktuellen INSA-Meinungstrend kann sich die AfD über Zugewinne freuen und rückt immer näher an die CDU-Umfragewerte heran. Nur noch fünf Prozent sind wir entfernt von dem Ziel, bundesweit die Nummer 1 zu werden. Das klare Signal: Wir sind Volkspartei – und zwar in allen Regionen, Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten.

Die wachsende Zustimmung ist Ausdruck der Tatsache, dass sich die Menschen berechtigterweise nach einer politischen Wende sehnen. Die AfD hat sich über Jahre hinweg immer größere Anerkennung erkämpft – weil wir zu unseren





Prinzipien und Überzeugungen stehen, auch wenn das politisch korrekte Meinungskartell tobt und zetert. Wir bleiben dabei: Deutschland und seine Bürger müssen immer an erster Stelle stehen! Deswegen schließen sich immer mehr Mitglieder und Wähler unserer Partei an und kämpfen mit uns: Für geschützte Grenzen und den Erhalt unseres Wohlstands, gegen Heizungs-Verbote und Massmigration. Jetzt geht es erst richtig los: Schließen auch Sie sich an – als Wähler, als Unterstützer oder am besten gleich als Parteimitglied!

Hier finden Sie den AfD-Mitgliedsantrag:

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=828932771935706&set=a.797289411766709>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Kanzler Scholz verhöhnt die Ostdeutschen!



Im Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für gleiche Löhne in Ost und West plädiert. Der AfD-Bundestagsabgeordnete **Jürgen Pohl, MdB**, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, erklärt dazu:

„Kanzler Scholz verhöhnt die Ostdeutschen. Denn wenn er sich ‚für gleiche Löhne in Ost und West‘ ausspricht, unterschlägt er zwei Dinge: Erstens ist es ein im Grundgesetz festgeschriebener Zielpunkt, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West (Art. 72 Abs. 2GG) zu erreichen. Er kann nicht gönnerisch Dinge anstreben, die zu seinem ureigenen Aufgabenbereich als Regierungschef gehören. Zweitens verschleiert Scholz, dass unter seiner Amtszeit die Lohnkluft zwischen Ost und



West sogar weiter gestiegen ist.

Das Statistische Bundesamt meldet, dass das Jahresbruttogehalt von Vollzeitbeschäftigten in Ostdeutschland durchschnittlich circa 13.000 Euro unter demjenigen in Westdeutschland liegt. Beträgt der durchschnittliche Westlohn im Jahresbrutto 58.085 Euro, liegt er im Osten nur bei 45.070 Euro. Die Lohnkluft wuchs in den vergangenen Jahren, statt verkleinert zu werden. 2021 lag die Differenz ‚nur‘ bei 12.173 Euro.

Scholz verschweigt überdies die fundamentalen Gründe für die Zementierung der Lohnungleichheit: Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands ab 1990 durch Treuhandanstalt und Westkonzerne. Dieses Trauma vergessen die Menschen zwischen Rostock und dem Vogtland nicht. Sie bleiben wachsam, wenn Politiker der Altparteien ihre längst gebrochenen Versprechen von guter Arbeit und fairen Löhnen herunterrasseln. Was wir demnach brauchen, ist ein grundsätzliches Umdenken in der Wirtschafts- und Industriepolitik, insbesondere für sogenannte strukturschwache Räume. Die AfD-Bundestagsfraktion wird das Thema wiederholt auf die Tagesordnung setzen. Dabei werden wir unter anderem prüfen, ob Sonderwirtschaftszonen (SWZ) ein geeignetes Instrument darstellen, um den Wandel in diesen Regionen zu gestalten.

Um die Ursachen der Deindustrialisierung Ostdeutschlands zu untersuchen, hatten wir als AfD-Fraktion einen Untersuchungsausschuss zur Treuhand angestrebt (BT-Drs. 19/1126).“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=847746810047851&set=a.818190173003515>

Nachrichten aus Deutschland und der Welt

AfD-Landtagskandidat zusammengeschlagen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/afd-kandidat-verpruegelt/>

33 Prozent der Deutschen erwägen, AfD zu wählen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/33-prozent-afd/>

Burger ausverkauft: Kunde tickt bei McDonald's völlig aus und zieht Machete

<https://www.hna.de/welt/mcdonalds-burger-ausverkauft-bautzen-machete-kunde-geld-bedroht-polizei-92462785.html>

Polizist erschießt bewaffneten Mann in Duisburg

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/polizist-erschiesst-mit-messer-bewaffneten-angreifer-in-duisburg-100.html>

Zehntausende Ukrainer sollen illegal geflohen sein, um Einberufung zu entkommen

https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/kampf-gegen-russland-wie-manche-ukrainer-versuchen-ihrer-einberufung-zu-entkommen_id_201989621.html

MANN STÖSST 21-JÄHRIGEN AUF DIE GLEISE, DANN KOMMT DIE U-BAHN

<https://www.tag24.de/justiz/zeugenaufruf/mann-stoesst-21-jaehrigen-auf-die-gleise-dann-kommt-die-u-bahn-2923679>



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen

<https://www.radio.de/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

<https://www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos>

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de



t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219>

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/

Neue Bautz´ner Filmkunst

<https://www.youtube.com/@peterschulze2235>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<https://afd-bautzen.de/stadt-gemeinderaeete/>

PRESSE-ARCHIV

<https://afd-bautzen.de/blaue-post/>

<https://afd-bautzen.de/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afd-bautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen